

Officiöse Enthüllungen über den Conflict Bismarck-Eulenburg.

Berlin, 28. März.
Das Aprilheft der „Deutschen Revue“ enthält einen „Fürst Bismarck im Staatsministerium“ betitelt Artikel, dessen zweifelsohne dem Reichskanzler sehr nahe stehender Autor darin die Affäre Bismarck-Eulenburg eingehend erörtert und zu derselben mancherlei interessante und pikante Momente aus Tageslicht bringt, die nicht bloß allseitiges Aufsehen erregen, sondern auch Entgegnungen veranlassen werden. Die Redaktion der „Revue“ scheidet übrigens dem Artikel die Bemerkung voraus, daß sie ihrerseits an dem Standpunkt festhalte, den ihr Herausgeber, Herr Richard Fleischer, in einem früheren, die innere und äußere Politik des Fürsten Bismarck betreffenden Artikel dargelegt habe (derselbe hatte bekanntlich den der auswärtigen deutschen Politik zustimmenden Brief Barthélemy Saint-Hilaire's zur Folge), und daß sie auch die andere, angegriffene Partei zu Worte kommen lassen werde. Ich lasse hier einen Auszug aus dem neuesten „Revue“-Artikel folgen. Der Vorgang in der Sitzung des Herrenhauses vom 19. Februar d. Z. sei unverkennbar, sagt der Verfasser, nur ein acutes Symptom einer Zweifelspaltung der Auffassungen gewesen, welche sich seit länger als zehn Jahren im preussischen Staatsministerium fortgepflanzt habe. Schon nach Beilegung des Verfassungsconflicts habe Bismarck seine Aufmerksamkeit auf eine Reform der Kreisordnung und auf die Herstellung von Einrichtungen gerichtet, welche bei der jetzigen Organisation beabsichtigt wurden. Nur mit Widerstreben wäre aber der damalige Graf Eulenburg auf die Intentionen Bismarck's eingegangen. Dann hätten eine schwere Nervenerkrankung Eulenburg's, die conservative Opposition gegen den Ministerpräsidenten und schließlich der Krieg gegen Frankreich die Reorganisationsfrage mehrere Jahre schlummern lassen und als sie hierauf wieder aufgenommen worden, hätte sich Bismarck den der Reichspolitik nicht angehörenden Geschäften fern halten müssen. Die währenddem vom Staatsministerium fortgesetzte Entwicklung habe in Betreff der Kreis- und Provinzialordnung zu den Ergebnissen geführt, welche jetzt in fünf Provinzen gelten, und habe von Bismarck keinen Widerstand erfahren, bis sie 1876 ins Stadium der Städteordnung getreten sei. Die bezüglich des im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurfs unter den Ministern herrschenden Meinungsverschiedenheiten (Bismarck stieß sich damals an die zu weit gehende Ausdehnung des activen Wahlrechts) führten bekanntlich zum Rücktritt des älteren Grafen Eulenburg, der interimistisch durch Friedländer ersetzt wurde. Ob dessen Thätigkeit für die Fortführung der Reform, meint der Autor des „Revue“-Artikels, über akademische Besprechungen hinausgegangen, könne man nur im Ministerium des Innern wissen. Als dann der jüngere Graf Eulenburg dasselbe übernommen, habe den Beginn seiner Thätigkeit die Hoffnung begleitet, daß er eine Prüfung einleiten würde, wie die eingeführten Reformen sich bewährten hätten, denn in den beteiligten Kreisen wäre schon damals das Gefühl vorhanden gewesen, daß der erste Wurf der Richtung nach gut gegriffen war, daß aber in den Details, vielleicht wegen zu rascher und zu seiner Ausarbeitung derselben und wegen Kreuzungen und Frictionen in der viel verschlungenen Gliederung der neuen Einrichtung Correcturen unentbehrlich waren, bevor man dieselbe auf die übrigen Provinzen anwenden oder auch nur die jetzige Form in allen Theilen als eine dauernde betrachten könne. Ob nun und welche Verständigungen darüber zwischen dem neuen Minister und seinen Kollegen stattgefunden, darüber habe nichts verlautet. Gewiß nur, daß gerade die Mitwirkung Bismarck's, der an dem Gedanken organischer Statute für die einzelnen Provinzen festgehalten und eine Zusammenstellung von Gutachten der Oberpräsidenten und die Beratung durch die Provinzial-Landtage verlangt habe, bei den Detailarbeiten für die Reorganisation mehr gemieden, als gesucht worden sei. Damit hänge die auffällige Thatsache zusammen, daß die Mehrzahl der preussischen Gesetze seit Jahren ohne die Unterschrift des Ministerpräsidenten promulgirt worden sind, während derselbe doch nicht bloß in dieser Eigenschaft, sondern auch als auswärtiger Minister Preußens formell und auch mit voller Verantwortlichkeit Mitglied des Staatsministeriums zu sein niemals ausgeblieben hat. Ueberdies gehöre ja die Unterschrift des Ministerpräsidenten zu den constitutionellen Rechten der regierten Bevölkerung und des Landtages. Ob sie gänzlich fortlassen könne, in der Art, daß der Reichskanzler dem preussischen Ministerium in ähnlicher Weise gegenübersteht, wie dem bayerischen oder dem sächsischen, sei eine Frage, die nach einem in dieser Richtung unterm Ministerpräsidium des Grafen Roon gemachten Versuche verneint werden müsse. „Dabei glauben wir, daß die Politik des Grafen Roon und die des Fürsten Bismarck sich vollständig deckten, während zwischen der letzteren und der des jüngeren Grafen Eulenburg, dem intellectuellen Leiter der Staatsministerialbeschlüsse über die inneren Reformen, ohne Zweifel principieller Nuancen entweder immer bestanden oder sich unmerklich entwickelt haben. . . . Die Dissense können längere Zeit hindurch occult bleiben, sie gewinnen aber dadurch nur an Stärke und explodiren schließlich durch ihre unbemerkte gewachsende Intensität an Stellen und in Augenblicken, wo es von Niemandem erwartet oder beabsichtigt wird und allen Theilen unerwünscht ist.“ Zu einer solchen Explosion sei es am 19. Februar im Herrenhause gekommen, nachdem es Graf Eulenburg versäumt gehabt, die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Bismarck bezüglich des definitiven Abschlusses der Kreis- und Provinzialordnung im Schooße des Staatsministeriums zu erledigen. „In Kreisen, welche man für gut unterrichtet halten darf, ist übrigens später die Vermuthung entstanden, daß der Graf Eulenburg schon seit längerer Zeit entschlossen war, zurückzutreten, und nur des Eindrucks wegen einen andern als den eigentlich bestimmenden Grund gewählt hat.“ Als den letztern bezeichnet man Schwierigkeiten, in welche der Minister dem König gegenüber gerathen war, zum Theil durch die Ergebnisse seiner Gesetzgebung, in welchen der König ein erhebliches Verlaufsconto an staatlichen und königlichen Rechten vorgefunden habe und einen wesentlichen Fortschritt der Zerlegung der öffentlichen Gewalt in communale Bruchtheile, welche durch gewählte Vertreter der Staatsgewalt regiert würden. Ist diese Angabe richtig, so ist die praktische Seite der Sache, welche zunächst in dem königlichen Cabinette wirksam geworden ist, in der Verkümmerung der Autorität des Berliner Polizei-Präsidenten

zu suchen, welcher bekanntlich häufiger als irgend ein Minister, in gewöhnlichen Zeiten täglich, den König sieht, um Rapport zu erstatten. — Der König, wie seine beiden Vorfahren, machte den Polizei-Präsidenten persönlich für die Ordnung in Berlin verantwortlich, insbesondere bei Gelegenheiten, welche viel Menschen auf die Straße führen; der Polizei-Präsident kann aber diese Verantwortlichkeit offenbar nicht tragen, wenn die Infamie, welche er der Stadt gegenüber bildet, dadurch übergegangen wird, daß der Minister des Innern direct mit dem Oberbürgermeister das, was zu geschehen hat, beräth und bestimmt. Ein solcher Geschäftsgang soll in der letzten Zeit immer mehr in Uebung gekommen sein, so daß die Berliner Stadtverwaltung thatsächlich unmittelbar unter dem Minister des Innern stand und auf die Entschlüsse des Letzteren nicht ohne Einfluß war. Diese Verschiebung soll namentlich bei den Vorbereitungen zu den letzten Hochzeits- und Einzugsfeierlichkeiten dahin geführt haben, daß die Anordnungen, welche Herr von Fockenberg unter Zustimmung des Ministers des Innern getroffen, von Allerhöchster Stelle eine scharfe Mißbilligung erfahren und der Polizei-Präsident direct aus dem Cabinet den Auftrag erhalten habe, anderweitige Einrichtungen zu treffen. Die persönliche Intimität (?), in welcher Herr von Fockenberg zu dem abgetretenen Minister des Innern stand und welche sich auch in den Tagen der berühmten Rede im Zoologischen Garten mit ihren Anklängen an das französische Föderationsfest von 1790 nicht verleugnete, soll den Ansichten und Absichten der Berliner Stadtverwaltung einen Einfluß auf die innere Politik verschafft haben, der sich in der stetigen Vermehrung der Immunitäten der großen Städte, namentlich Berlins, erkennbar gemacht und an dem letztgenannten Orte thatsächlich durch eine fast souveräne Gewalt der Stadtverwaltung und ihrer als fortschrittlicher Ring bezeichneten Umgebung zur Geltung gekommen sein.“ Jedenfalls kann man sagen, daß das Stadtreichthum von Berlin absoluter regiere, als irgend eine Staatsregierung Deutschlands, und die Macht dieses Absolutismus werde gefördert durch die Exklusivität, mit welcher der Ring diese Behörde beherrsche und absorbiere. Bei Wahlen aller Art könne in Folge dessen ein Terrorismus ausgeübt werden, dem der bürgerliche Muth nur ausnahmsweise Widerstand zu leisten vermöge. Mißliebige Wähler können in ihren Geschäften, in ihrer Häuslichkeit, in Einschägungen und durch Maßregelungen von mancherlei Art empfindlich getroffen werden, wenn sie sich mit den Tendenzen des regierenden Kreises öffentlich in Widerspruch setzen. Diesem Umstande werde vielfach die bekannte Thatsache zugeschrieben, daß die politischen Wahlen in Berlin seit langen Jahren verhältnismäßig eine so spärliche Theilnahme fänden. Die Scheu vor jeder öffentlichen Kritik der Steuererhebungen Berlins sei durch die Wahrnehmung gesteigert worden, wie kräftig der Einfluß des Stadtreichthums auf das Ministerium des Innern gewirkt. „Als einer der Räte des Polizei-Präsidenten, der zugleich Mitglied des Abgeordneten-Hauses ist, bei den Debatten über das Zuständigkeitsgesetz mit Schärfe, aber mit großer Sachkunde, die Beziehungen des bethannten Gesetzes zu den Communalverhältnissen Berlins beleuchtete, hat der für parlamentarische Redefreiheit sonst so eifrig eintretende Berliner Fortschritt doch sofort Beschwerde beim Ministerium des Innern geführt. Indessen ist das noch weniger zu vermeiden, als die Bereitwilligkeit dieser Staatsbehörde, auf die Beschwerde einzugehen. Wie von unterrichteter Stelle verlautet, war die Verletzung des betreffenden Beamten, eines umgekehrten Votum-Volfs, nach Preußen beabsichtigt, und würde ausgeführt worden sein, wenn nicht dem Beihilflichen von anderer Seite ein nicht angerufener, aber wirksamer Beistand geworden wäre.“ Auch ohne Erfolg müßten solche Einschüchterungsversuche entmuthigend wirken. Seit sechs bis acht Jahren sei unter den beiden Grafen Eulenburg der Communalverwaltung des Staates in solcher Progression Vorschub geleistet worden, daß der letzte Minister dieses Namens schließlich selbst zu der Ueberzeugung gelangt sei, er habe einen solchen Weg betreten; da aber die Umkehr schwieriger, als der Rücktritt, so habe er eben die vom Zufall gebotene günstige Gelegenheit zum Bruch ergriffen, um nicht die beginnende Divergenz mit dem monarchischen Sinne des Königs bis zu einem Gelat zu steigern. „Bei der einseitigen vertragen endgiltigen Erledigung der Ministerkrisis dürfte also wohl — so schließt der Artikel in der „Revue“ — darauf Bedacht genommen werden, einer einheitlichen Politik des Staatsministeriums und dem Einflusse des Ministerpräsidenten nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch auf gewissen Gebieten der Verwaltung größere Bürgschaften zu geben.“

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 23. Sitzung vom 28. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst von Bismarck, Bitter, von Bötticher, Scholz u. A.
Heute stehen die drei Steuerentwürfe zur ersten Beratung. Die Discussion über die Brauksteuer und die Stempelabgaben wird mit der Besprechung der übrigen der Steuerentwürfe verbunden. Alsdann erst soll über die Wehrsteuer speciell verhandelt werden; ihr allgemeiner steuerpolitischer Charakter kann jedoch schon in die allgemeine Beratung über die Denkschrift und die beiden ersten Steuern hineingezogen werden.
(Wegen Raumangel tragen wir die Rede Lasker's und den übrigen Theil der Reichstags-Sitzung im Morgenblatt nach und begnügen uns, hier die Rede des Reichskanzlers mitzutheilen.)
Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich bin leider noch Reconvalescent und deshalb nicht im Stande, alles das zu sagen, was ich sagen möchte, und auf die Rede, die wir hören gehört haben, in derselben ausführlichen Weise zu erwidern. Ich werde mir vielleicht einige Worte nachher sparen, wenn ich gleich auf einen Punkt antworte, mit dem der Herr Vorredner schloß, nämlich den, wie ich mir dachte, daß der Staat den Gemeinden in ihren Armenlasten und sonstigen Lasten zu Hilfe komme. Er hat dann ein Zerbüß hingestellt von einem Finanzminister, der beliebig den Sad über die Armenpflege in den Gemeinden ausschütete, und ich will nur mit einem Wort dem Gedanken eine andere Richtung geben. Mir scheint als Ziel vor den Gemeinden einen großen Theil ihrer Armenlast dadurch abzunehmen, daß mit staatlicher Unterstützung eine Alters- und Invaliden-Versorgungsanstalt im ganzen Reiche eingerichtet wird, analog wie jetzt die Unfallversicherung, und daß dies wahrlich nicht ohne staatliche und Reichszuschüsse thunlich ist, daß die Ziele, wenn man sie erreicht, die man damit verfolgt, aber dieser Zuschüsse werth sein werden. Man kann darüber streiten; der Vorredner selbst hat daran erinnert, daß ich gesagt habe, die Ziele, die ich mir stelle, haben vielleicht ein Menschenalter nötig, um zu erreichen, ob sie überhaupt erreicht werden sollen oder ob sie verworfen werden. Aber der Weg muß eben einmal betreten werden und nun glaube ich, daß die

Gemeinden und die mit Armen vorzugsweise belasteten eine erhebliche Erleichterung dadurch empfinden würden, auch die Kreise unter Umständen, wenn die Armenlast auch im Lande richtiger auf größere Verbände vertheilt wird, wie bisher, daß sie eine erhebliche Erleichterung ohne directen baaren Zuschuß dadurch haben werden, wenn ihnen alle diejenigen auf natürlichem Wege durch Invalidität oder Alter unterstützungsbedürftig werden durch eine vom Staate zu errichtende Versicherungsanstalt abgenommen werden.

Ich meine, dadurch sind die schmerzhaften Bilder, mit denen der Herr Abgeordnete die Sache ad absurdum führen wollte, wieder auf ein ernstes Gebiet gebracht. Den Gemeinden die Schulden abzunehmen, ist noch viel leichter. Nach meinem Ermessen, soll die Schule, überhaupt der Elementarunterricht Staatsanstalt sein. Meine Absicht ist keineswegs, in die Selbstverwaltung der Gemeinden einzugreifen, und der Herr Abgeordnete hat eine Behauptung ausgesprochen, die mit allen Thatfachen in Widerspruch steht, wenn er sagt, daß meine Trennung vom Grafen zu Eulenburg meine Abneigung gegen die communale Verwaltung, gegen die Selbstverwaltung zum Grunde hätte. Ich bin nur mit meinem Collegen verschiedener Ansicht über die Ausdehnung, das Maß und die Form derselben; aber die Discussion hierüber gehört nicht hierher. Wenn der Herr Abgeordnete von der Omnipotenz des Staates gesprochen hat, so erwirde ich ihm mit derselben Ueberzeugung, die darin liegt: ich widerstrebe meinerseits einer Composition des Staatslebens in communale Republiken, ich erlaube eine Staatsautorität, die über demselben schwebt, und nicht nach Majoritäten beschließende Organe, die keine Verantwortlichkeit mehr leisten und von denen Niemand mehr weiß, wer Schuldner und wer der Leistende ist.

Bei dem Worte „Anonymität“ erlaube ich mir, zu der Frage zurückzutreten, mit der ich ursprünglich meine Erklärung beginnen wollte. Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede Zweifel darüber ausgesprochen, von wem die Denkschrift herrühren könnte, und er hat dann im Laufe seiner Rede die Zweifel selbst als gelöst angesehen. Sie konnten meines Erachtens gar nicht existiren, wenn hier ganz offen gesagt ist, daß ich im Namen Sr. Majestät Entwürfe überreichte und zugleich eine Denkschrift an schloß. Es ist damit ja offen ausgesprochen, daß diese Denkschrift die Stelle vertritt, die früher in einem Geschäftsgang, den ich generell zu befehlen beabsichtigt gewesen bin, die mehr oder weniger, obgleich selten zwei Stunden lange Rede erhielt, die der verantwortliche Minister, der einen Gesetzentwurf einzubringen hatte, bei dessen Einbringung zu halten pflegte. Ich hätte Ihnen ja alles dieses mündlich eben so gut sagen können. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für den vollen Inhalt der Denkschrift. Ich habe sie vorgelegt ebenso wie das Ganze im Namen Sr. Majestät des Kaisers, was also ausdrückt, daß hier entweder, wenn Sie wollen, eine kanjlerische Ausrufung vorliegt, die von Sr. Majestät dem Kaiser und König von Preußen gutgeheißen ist und dadurch einen gewissen Vorzug vor anderen hat, oder daß eine kaiserliche Meinungsäußerung vorliegt, für welche der Kanzler verfassungsmäßig die Verantwortlichkeit übernimmt, wie Sie sich das constitutionell zurechnen wollen. Der Reichstag und noch mehr die ganze Nation hat ein Recht darauf, zu wissen, wo die Regierung mit ihren Vorfällen eigentlich hinwill, und der Fehler, daß man das nicht weiß, ist uns ja oft genug vorgekommen worden.

Ich habe deshalb geglaubt, es würde mit großem Danke aufgenommen werden, daß, soweit die Reichsverfassung es erlaubt, ich den Versuch gemacht habe, hier die Intentionen eines der wichtigsten Factoren der Reichsregierung — ich will nur mit Worten nicht reden — aber des Reichsverfassungslebens offen klar zu legen; ich habe aber leider bisher wenig Dank für dieses Entgegenkommen geerntet, wie ich zwar immer erfahren habe, daß wenn etwas lange gewünscht ist und man erfüllt den Wunsch, dann erhält man den Vorwurf, daß man sich nicht klar ausgesprochen, es blieb neues Material für die Kritik ohne Gegenbegründung. Inzwischen wenn man so lange wie ich daran gewöhnt ist, jedes positive Material für die Gesetzgebung selbst bringen zu müssen und auf der anderen Seite nur der Kritik zu begegnen, so faßt man sich leicht. Ich glaube also, daß die Bevölkerung, namentlich auch die Wähler bei der nächsten Wahl ein Recht darauf haben, zu wissen, wo die Regierung hinaus will. Der Bundesrath ist nicht in der Lage, über Zukunftsprogramme zu beschließen, man kann über die nicht abstimmen in einer Majoritätsversammlung. Ich glaube aber mit der Mehrheit der Bundesregierung einen zu sein, oder mich in diesem Sinne einigen zu können; ich bin gewiß, mit meinen preussischen Collegen in der Richtung einig zu sein und vor allen Dingen bin ich gewiß, daß ich den Intentionen meines Herrn, des Kaisers und Königs von Preußen entspreche, wenn ich diese Vorlage mache, und ich will die allerhöchsten Wünsche und Bestrebungen nicht weiter in die constitutionelle Discussion einführen als genügt, um mich zu legitimiren, wenn ich einen gewissen Accent auf diese Dinge lege. Der Kaiser und König von Preußen verfügt im Bundesrath über 17 Stimmen, er hat eine wesentliche Initiative und einen nicht unerheblichen Einfluß im deutschen Reiche und auf seine Bundesgenossen. Es ist also dieses noch nicht die sichere und feststehende Ansicht derjenigen der beschriebenen dabei mitwirkenden Factoren, den man als den gewichtigsten an sich ohne Verletzung der übrigen betrachten kann. Wir werden für dieses Programm einstehen, so weit wir können.

Es wird durch die Beschlüsse des Bundesraths vielleicht ausgeprägt modificirt, es kann durch die Beschlüsse des Reichstags, — in seinen Haupttheilen wird es ja den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen, — des künftigen Reichstags wesentlich modificirt, es kann verworfen werden, es kann einen neuen Kampf geben, es kann an den zweiten, dritten Reichstag kommen, die Discussion über diese Sachen wird sobald nicht von der Tagesordnung kommen, und wenn sie schließlich nicht zu dem Resultat führt, so kann ich mich damit trösten: in magnis voluisse sat est. Wir behalten die Initiative, und ich bin fest entschlossen, sie soweit durchzuführen, wie meine Kräfte und amtlichen Attributionen dazu reichen. Der Plan ist ja in dem Actenstuck, was hier vor mir liegt, nur unvollkommen skizziert und ich habe darauf gerechnet, daß die Discussion sowohl über diese Gesetze als auch später über das Unfallversicherungsgesetz die Gelegenheit geben werde, diese Skizze weiter auszuführen. Material für die Kritik ist ja hinreichend da. Wenn ich mich des Ausdrucks „Reichsregierung“ wiederholt bediene, so muß man sich darüber verständigen, was das zu bedeuten hat. Eine Reichsregierung im Sinne der Landesregierung haben wir nicht. Ich verstehe — und ich acceptire den Ausdruck nicht seiner logischen Richtigkeit, sondern seiner Richtigkeit wegen — unter Reichsregierung das, was ich den „Stand des Präsidiums“ nenne, also die Beamten des Kaisers, den Kanzler mit allem, was zu seinem Ressort gehört, und ich begreife darunter nicht den Bundesrath. Wenn ich von dessen Beschlüssen spreche, so würde ich mich des Ausdrucks „verbündete Regierungen“ bedienen, die in höherer Potenz die Reichsregierung bilden, soweit es sich um die Legislative handelt. Es liegt mir daran, diesen Ausdruck ein für alle Mal klar zu stellen. Ich habe von der Rede des Herrn Abgeordneten den Eindruck, daß er eigentlich in den wesentlichsten Zwecken, die ich verfolgen und die die Denkschrift als Ziel aufstellt, mit mir vollständig einverstanden ist, und wenn die Denkschrift von einer anderen Seite käme, so würde sie vielleicht eine mildere Beurtheilung erfahren.

Es scheint doch sein Versehen bei der Herstellung dieser Ziele zu milttern, daß so zweckmäßige und richtige Sachen von einer Seite, mit der er politisch zufällig nicht im Einklang geblieben ist, aufgestellt werden; ich möchte sagen, er gönnt uns das nicht. Wir werden uns aber dadurch nicht irre machen lassen, wir werden es ruhig weiter führen. Der Herr Vorredner hat nun zunächst, um die Denkschrift zu kritisiren, weniger ihren Inhalt angegriffen, er hat uns zugegeben, daß gewisse unterlie directe Steuern abgeschafft werden müßten, er hat uns zugegeben, daß gewisse indirecte Steuern wünschenswerth wären, er hat — worin ich ihm gern recht gebe — den Tabak und die Getränke als hauptsächlich geeignete Gegenstände der indirecten Besteuerung hingestellt — also in dem Allem sind wir einig, und er hat etwas Günstiges die Momente herausgeholt, die uns trennen. Wenn er bei den Getränken nur den Branntwein und nicht in gleicher Höhe das Bier accentuirt hat, so würde ich darin nicht mit ihm gehen. Bisher ist das Bier in der Besteuerung wesentlich im Rückstande, und meines Erachtens sollte das Bier verhältnismäßig höher besteuert

*) Hierzu kann Hr. Corr. bemerken, daß die Vermuthung eine irrig ist.

sein, als der Brauntwein; denn es ist vergleichsweise das Getränk einer schon mehr wohlhabenden Klasse; der Brauntwein ist das Getränk des berühmten armen Mannes (Heiterkeit), den der Herr Vorredner weit ins Feld geführt hat, und es ist ein Getränk, das er doch nicht immer entbehren kann. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner Gelegenheit gehabt hat, öfter unter harter körperlicher Anstrengung bei schlechtem Wetter mehrere Stunden lang im Freien sich zu bewegen (Heiterkeit), und wenn harte Winde über die Ebene streichen — ich glaube, dann würde er mir zugeben, daß der Brauntwein von demjenigen, der auf sehr harter Arbeit gewesen ist, weniger leicht entbehrt werden kann, als das Bier. Ich habe nie gefunden, daß der Arbeiter bei der Arbeit, wenn sie schwer wurde, mit bairischem Biere sich erholte, einmal weil er es nicht hatte — es ist das Getränk des Wohlhabenden im Vergleich mit ihm — und zweitens hilft es ihm nicht. Auch wenn der Herr Vorredner es hier persönlich versucht hätte, auch nur einen Schwaben auf einer Wiese einmal so Schritt lang zu machen (Heiterkeit), dann würde er, glaube ich, auch einen tüchtigen Schluck Brauntwein, nachdem jemand dieselbe Leistung hundertfach an einem Tage gemacht hat, nicht verachten.

Auch dort hilft das bairische Bier nicht, das Bier macht im Gegentheil träge, anstatt die Nerven anzuregen, und es hat für mich den Fehler dem nationalökonomischen Zeitpunkte: es ist ein Zeittrüder, es wird bei uns Deutschen mit wenig so viel Zeit todtgeschlagen, wie mit dem Biertrinken (Heiterkeit). Wer beim Frischschoppen sitzt oder beim Abendschoppen und gar noch dazu raucht und Zeitungen liest, fällt sich voll ausreichend beschäftigt und geht mit gutem Gewissen nach Hause, in dem Bewußtsein, das seinige geleistet zu haben. (Heiterkeit.) Brauntwein hat in keiner Weise diese Wirkung, und lassen Sie den gemeinen Mann wählen zwischen Wein, Bier und Brauntwein, so wird er den Wein von Hause aus zurückziehen, er ist an dieses Getränk nicht gewöhnt. Das Bier, wenn es nicht zu bitter ist, namentlich das etwas moussierende, dünne, durstlöschende, wie es unter verschiedenen Namen geht, wird mit großer Dankbarkeit angenommen und getrunken. Das eigentlich bairische Bier macht ihn müde, schwer, namentlich in der Gestalt, in der es fast überall da zu Tage kommt, wo die Surrogate, wie in der ausgezeichneten bairischen Geseßgebung nicht absolut und bei Strafe verboten sind. Ich bin vollständig bereit, beide Gegenstände fester in Angriff zu nehmen, viel fester. Aber ob das beim Brauntwein gerade in Gestalt einer höheren Grundsteuer oder Maßsteuer geschehen kann, das weiß ich nicht. Die hohen Einnahmen aus den hohen Getränkesteuern in Frankreich, die noch auffallen sein würden, wenn der Herr Vorredner specifiziert hätte, wieviel davon auf den Brauntwein kommt, weiß ich nicht genau, jedenfalls aber entweder 180 oder 280 Mill. Franken. Und dabei nicht einen Großen Brennsteuere, sondern das Alles wird durch eine Steuer erreicht, die von dem fertigen Fabrikat erhoben wird, in ähnlicher Art, wie in America der Tabak besteuert wird, indem das Product von dem Augenblicke seines Entstehens bis zur Consumtion von der Steuer befreit nicht aus dem Auge verloren wird — es ist dies eine unbrautene Sache, aber sehr ergiebig.

Der Herr Vorredner hat also sehr Unrecht, die Regierung anzuklagen, daß sie den Brauntwein etwa verschonen wolle; er hat auch, glaube ich, sehr Unrecht gehabt, durch das Organ seiner Rede hier die Meinung verbreiten zu wollen, als ginge die Tendenz der Geseßgebung dahin, den armen Mann zu belasten und den reichen zu entlasten. Er hat auch — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die irrthümliche Angabe gemacht, es werde keine neue Besteuerung eingeführt, es werde die Brauntwein- und Erbschaftsteuer nicht in Angriff genommen. Nun erinnere ich daran, daß wir die Brauntweinsteuer in Form der Lizenzabgabe an den Bundesrat zu bringen versucht haben, daß wir dort aber auf Widerstand gestoßen sind und auf den Wunsch, es lieber in Form der Landesgeseßgebung als Gewerbesteuer zu thun. Das Bedürfnis der Uebereinstimmung mit den verschiedenen Regierungen hat uns diesen Ausweg annehmen lassen. Wir haben demnach diese Steuer vorlage in den preussischen Landtag gebracht, von dem ja sehr viele Herren hier sitzen. Sie werden also wissen, welches Schicksal dieser Vorlage geworden ist. Ich kann mich im Augenblick nicht besinnen, ist sie todt gelagert worden, ist sie in dem Keller begraben oder ist sie abgelehnt worden, es kam nichts dabei heraus. Ich führe das nur an, zum Beweise wie ungerecht die Behauptung ist, als wenn wir uns fürchteten, den Brauntwein anzufassen, wie ungerecht die Deduction ist, als ob wir dieses Getränk des armen Mannes höher zu besteuern uns scheuten; denn hier wird wahrhaftig bei dem Verbot der Einfuhr die Preisverhöhung den armen Mann treffen. Im Ausland kostete zu meiner Zeit das Quart, ich weiß nicht Brauntwein oder Spiritus etwa 25 Sgr. nach unserem Gelde umgerechnet. Das wäre für den armen Mann, der den Brauntwein, wie gesagt, bedarf — im mäßigen Grade zwar, aber doch zur Ernährung — ein kleines tägliches Quantum, da seine Mittel ihm bairisches Bier und Wein nicht gewähren. Ferner hat der Herr Vorredner angeführt, daß wir die Erbschaftsteuer nicht in Angriff genommen hätten.

Ja, m. H., ich bin nicht Finanzminister, ich habe seit Jahren über das Nichtschreiten der Stempelsteuer mich beklagt und der Herr Vorredner hat sich auch darin in einem Irrthum befunden. Ich möchte ihn überhaupt bitten, da er doch sonst ein so scharfer Jurist ist, nicht so viel auf den Indicienbeweis einzugehen; er würde gegen keinen Schurken von Verbrecher so viel Indicienbeweis anwenden als einem Minister gegenüber. Das geringe Indicien reicht hin, um einen Minister in bedenklichem Licht erscheinen zu lassen, was er einem halb überführten Verbrecher gegenüber aus richtiger Unparteilichkeit vermeiden würde. Also die Anregung meines früheren Herrn Kollegen Camphausen über die Stempelsteuer — er ist leider in dieser Verfallung nicht anwesend, aber wenn er anwesend wäre, würde ich auf sein eigenes Zeugnis provociren und das Ergebnis würde sein, daß jede Anregung einer Revision der Stempelsteuer, so lange ich Minister bin, unter dem Minister Vordrängen entweder von mir ausgegangen ist oder meine lebendigste Unterstützung gefunden hat. Ich kann die einzelnen Vorgänge — wie der Herr Vorredner seine Rede hielt, habe ich meine Acten durchgesehen — nicht in meinem etwas überalterten Gedächtnis behalten, aber ich bin ganz gewiß, weil ich der Ueberzeugung sicher bin, daß ich auch nur die leiseste Anregung, dieser Stempelsteuer näher zu treten, fleißig gesucht, gepflegt und gefördert habe und daß sie meistens auf meine Initiative und meine Einwirkung auf den Finanzminister zurückzuführen ist. Auch da hat der Herr Vorredner mich wieder in ein altes Nicht verkehrt, ohne daß ich es verdiene, und ich hoffe, seine Gerechtigkeitsliebe, da er ja doch Jurist ist, wird ihn bewegen das zurück und von mir abzunehmen und selbst einzuziehen, daß er wieder etwas durch seine weittragende Stimme in die Öffentlichkeit gebracht hat, was mit der Wahrheit nicht übereinstimmt.

Der Herr Vorredner hat die Frage aufgeworfen, wozu wir die neuen Steuern überhaupt wollen. Ich habe sie in einem Punkt, indem ich an das Verhältniß mit dem Saal angeschlossen, schon beantwortet: für Zwecke, die diesem Reichstag noch nicht vorliegen, für die wir uns aber bei Zeiten die öffentliche Meinung sicherstellen wollen, und wir haben auch die Absicht, den Wählern damit zu sagen: wer für diese Zwecke, die wir hier angefaßt haben, die Gemeinden, die Schulden, die Armen-, die Polizei- und die Standeslasten zu erleichtern, für den Zweck der Alters- und Invaliden-Versorgung wirken will, wird wohl thun, jemand zu wählen, von dem er erwartet, daß er die Bestrebungen der Regierung unterstützt, und wer von den Wählern das nicht will, der wird allerdings wohl thun, wenn er jemand wählt, der den Widerstand der Fortschrittspartei unterstützt. Daß wir darüber den Wählern Klarheit geben, ehe die Wahlen kommen und recht häufig und recht oft, das halte ich nicht nur für das Recht der Regierung, sondern für die Pflicht der Regierung. Der Wähler hat ein Recht zu wissen, wozu die Regierung hinaus will, und deshalb wollen wir das, wie man sagt, recht breit treten, damit es für Jedermann verständlich und klar wird, wie wir denken. Der einen Bedarf an mit der Regierung unzufriedenen Wählern hat, wie neulich ein großes sächsisches Blatt sich ausdrückte, wird im Großen an den direkten Steuern festhalten wollen; wer dahin strebt, daß in der Bevölkerung Zufriedenheit mit den Zuständen herrsche, wird vielleicht mehr für die indirecten Steuern sein. Es stellt sich das praktisch und in der Erfahrung heraus, und ich brauche die physiologischen Gründe nicht zu entwickeln: wer Opposition macht, der braucht Unzufriedenheit in der Bevölkerung und wird Mittel finden, sie zu erregen, indem er die Regierung als unfähig, als ablenkend und vielleicht als ungeschickt darstellt, und es ist dies in allen constitutionellen Staaten der Fall; aber man soll es der Regierung nur nicht verdenken, wenn sie den entgegenstehenden Beschränkungen gegenüber ihrerseits der Bevölkerung Klarheit zu verschaffen versucht.

Ich komme noch auf den Vorwurf des Widerspruchs zurück, den mir der Herr Abgeordnete gemacht hat, wenn er sagte, daß die Denkschrift den Vorlagen zum Nicht widersprechen, indem sie alle direkten Steuern berührt. Das ist nicht richtig, er selbst hat Stellen angeführt, worin gesagt ist, daß es nicht die Absicht sei, nun plötzlich alle direkten Steuern abzuschaffen. Ich darf mich auch darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit, einer der ersten, wo die Sache hier zur Sprache kam, ein etwas weitgehendes Zukunftsprogramm, das angeblich von anderer Seite als Zukunftsprogramm bezeichnet worden ist, ausgesprochen habe, indem ich mir aber immer vorbehalten, die Einkommensteuer als ein Unstattsbedürfnis für die wohlhabenden

den Klassen in irgend einer Form beizubehalten und nur dabei in Zukunft einen Unterschied zu machen zwischen dem Einkommen, was durch Arbeit, Unternehmungsgeist erworben wird und dem Einkommen, was die Natur einer Rente hat und entweder aus nicht selbst bewirtschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt oder lediglich die Rente des Couponsabschneidens bedingt und namentlich die letztere Klasse des Einkommens ist bei uns in dem Maße niedrig besteuert, daß darauf die Klagen des Herrn Vorredners, daß die Lasten den Reichen erpart und dem gemeinen Manne aufgewälzt würden, im höchsten Maße Anwendung finden. Denn alle diejenigen Arten der Besteuerung des Einkommens, die gerade die reicheren Klassen, die couponabschneidenden Klassen treffen, sind in der Regel meines Erachtens, wie es auch in der Natur der Revenüen liegt, die nicht aus einem Erben an der Sonne liegenden Felde stammen, zu niedrig veranlagt, und da erwarte ich noch eine große Fundgrube, sobald es mir gelingt, das System der Selbstverschöpfung mit eventuellen Conventionalstrafen einzuführen, die ich kaum für notwendig halte; denn so sehr häufig, wie die meisten Finanzminister annehmen, sind bei uns ja gar nicht die gebildeten Leute, die für Geld lügen. Es muß früher mehr der Fall gewesen sein, sonst würden unsere Zollbedörden nicht so ängstlich sein, wenigstens Männern gegenüber nicht. (Heiterkeit.)

Ich muß sagen, ich habe von Jugend auf, so unbequem es mir war, an der Grenze auf die Frage: Haben Sie etwas Steuerbares bei sich? nie eine Unwahrheit über meine Lippen bringen können, so unbequem es auch war, und ich glaube, so wie ich fühle die meisten Leute. In den Hansestädten fungirt dieses System mit großer Anerkennung und wird, wie man sagt, mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt, und ich glaube, daß wir unseren hanseatischen Landsleuten in dieser Gewissenhaftigkeit keinen Vorwurf machen würden, wenn es gelänge, dahin zu kommen. Dann aber bin ich überzeugt, daß die Einkommensteuer ganz neue Quellen schaffte, die bisher unbekannte geblieben sind. Also wenn der Herr Abgeordnete dafür mit mir thätig sein will, daß das Einkommen aus Coupons höher besteuert wird als bisher und dadurch der arme Mann erleichtert wird, dann will ich sehr gern Hand mit ihm geben. Also der Widerspruch ist nicht vorhanden, daß ich alle direkten Steuern abschaffen wollte. Mir schweben überhaupt so gewaltthätige Entschlüsse, als ob nächsten Dienstag alles anders sein sollte, überhaupt nicht vor. Das Programm, was ich habe, ist ja nichts Neues, es sind 5 Jahre, seitdem ich für dieses Programm öffentlich aufgetreten bin, und Sie können daraus sehen, was es mit der Allmacht, die man mir in ministeriellen Dingen zuschreibt, auf sich hat. 5 Jahre habe ich gekämpft, habe mitunter die Anerkennung im Principe bekommen, aber angebrachtermaßen ist nachher immer die Sache, die man überhaupt nicht wollte, abgelehnt worden und in irgend einer Weise zu Falle gekommen.

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß ihm bekannt sei, daß vom preussischen Finanzministerium ein Actenstück vorläge, was die weitere Ausbildung oder Ausdehnung — das weiß ich nicht — der direkten Steuern bezwecke. Ja, da ist es aber das, was im Finanzministerium vorliegt, besser unterrichtet als ich. Mir ist dieses Actenstück einfallen nicht bekannt. Es kann z. B. die Reform der Einkommensteuer sein, es kann auch sein, daß zwischen meinen Kollegen im preussischen Finanzministerium und mir Modalitäten der Ansicht entstehen, die nachher im Staatsministerium sich beschlußmäßig ausgleichen, aber ich weiß von diesen Sachen bisher nichts, ich weiß nur, daß die preussische Finanzverwaltung mit mir beispielsweise darin einverstanden ist, auf Abheilung des Schulgelbes, soweit es überhaupt noch erhoben wird, hinzuwirken, nicht mit Rücksicht auf die Gemeinden, sondern auf die Stellung des armen Mannes, um diesen und auch die darauf beruhenden Schulden, die diese Kleinigkeit bezahlen müssen, zu erleichtern. Wenn Herr Laater diese Schulden zu den reichen Leuten rechnet, die entbunden werden sollen, um noch ärmeren diese Last aufzubürden, so glaube ich, geht er darin doch zu weit. Was ich hauptsächlich an den direkten Steuern drängend finde, das ist vor allen Dingen die Miethsteuer in Berlin (Heiterkeit), die mich meines Erachtens abgekauft und die Gemeinde in den Stand gesetzt werden, durch ihre Gemeindeglieder selbst und ihre berechtigten Organe diese ungleich wirkende Steuer durch eine andere Steuer zu ersetzen, und in dieser Beziehung spreche ich auch vor dem Ausschüsse der Staatsliste nicht zurück, nur denke ich mir das nicht so kindlich, wie der Herr Vorredner dies schildert, daß die Stadtwaltung von Berlin in den offenen Sädel des Finanzministeriums hinein greift, sondern ich denke mir, daß im Budgetspecialist derartige Fälle vorkommen können, daß die Gemeinden vermöge ihrer besonderen Verhältnisse das Recht haben, so und so viel Zuschuß von der Staatskasse zu haben, ohne ihre Selbstverwaltung und ihr Verfügungsrecht in Bezug auf diese Zuschüsse anzusehen.

Eine Stadt wie Berlin leistet mehr wie andere in staatlichen Dingen, die eigentlich ihrer Natur nach nicht communale Leistungen sind, die aus einer gewissen finanziellen Ausmacherei früher den Gemeinden in dieser Ausdehnung aufgegeben sind und die wohl vom Staate zu übernehmen sind. Es sind dies aber gerade diejenigen Lasten, die zur Ueberlastung der Gemeinden beigetragen haben und ich glaube, wenn man dies nicht gerade annimmt, so glaube ich, daß viele von den Städten auf einen Zuschuß Anspruch haben und daß ein gewisses Aufschlagsquantum ebenfalls aus den zu überweisenden Steuern, wozu also in Preußen z. B. die Grundsteuer und die Haussteuer gerechnet wird, von Hause aus, sei es staatsbudgetmäßig, sei es probuziell oder beizugsmäßig, sei es in den kleineren Städten durch Kreisratsbeschlüsse und Beratung, nach ihren Bedürfnissen bewilligt werden kann, aber Alles natürlich öffentlich, unter Controle der Öffentlichkeit und ohne Durchsicht und mit möglicher Verbindung, daß irgend ein Ring sich bildet, welcher sich der öffentlichen Kritik entzieht. Die Häuser- und die Grundsteuer haben die Eigentümlichkeit, daß sie sich gleich der Miethsteuer nicht nach dem Vermögen richten, der sie zahlt, auch nicht die Absicht haben, dies zu thun, sondern sie steuern brutto das Object, aus dem der Steuerhelfer seine Revenüen zieht; und deshalb meine ich, sie sollten wenigstens mindestens den Maßstab für die Zuschläge bilden. Ich habe niemals — und das ist wiederum ein Irrthum, den der Abg. Laater öffentlich verbreitet hat — für Verminderung der Grundsteuer gekämpft, nicht um einen Heller. Ich bin von der Ueberzeugung ausgegangen, die ja vielleicht irrthümlich ist, daß die Ungerechtigkeit, die bei der Veranlagung der Grundsteuer vorhanden ist, die heutige Generation nur wenig mehr gar nicht, in verfallenen Gütern u. s. w. bereichert, obgleich die Grundsteuer als eine Belastung des inländischen Getreides und Prodnisses betrachte, was sie ihrer Natur nach ist.

Das Ansehen des inländischen Kornes und Weiles wird erschwert durch die hohe Steuer, aber das ausländische darf nicht besteuert werden, — das ist so die Logik der Herren, die die Zölle bekämpfen, aber die Grundsteuer völlig aufrechtzuerhalten. Ich gehöre zu denen, die die Grundsteuer nicht haben vermindern wollen, und diese Ueberzeugung ist auch in regierenden Kreisen ganz allgemein, und wenn ich sie theile, so kommt das nicht daher, weil ich sie objectiv gerade für richtig halte, aber daher, weil ich gerade den Entstellungen, die sich an solche Dinge knüpfen, keinen Raum geben will, weil ich die Möglichkeit abschneiden will, daß so scharfsichtige Leute sagen, wie der Herr Abg. Laater in den Irrthum fallen könnten, es sei ja ein Klassen- und Klassenkampf, um den gemeinen Mann unter die Füße zu treten und von seinem Schweiß die reichen Leute, namentlich die so verhassten Grundbesitzer reich zu machen. Das ist es, was ich befürchte und weil ich die Neigung zu solchen Insinuationen gerade gegen den Grundbesitz in einem großen Theil unserer politischen Welt, in den meisten derjenigen, die kleinen großen Grundbesitzer haben, gefunden habe, habe ich aus politischer Vorsicht, nicht aus Ueberzeugung, im Staatsministerium stets erklärt, ich willige in keine Verminderung der bestehenden Grundsteuer, aber ich verlange, daß sie wegen dieser Unbilligkeit, in der sie zur Leistungsfähigkeit des Zahlers steht, aufhört, Maßstab für die Zuschläge zu sein; dadurch wird die Ungerechtigkeit in jedem Jahre neu wiederholt und ich wünsche, daß anstatt dieser Zuschläge eine Hälfte der Grundsteuer oder mehr, je nach Bedürfnis, den Provinzen, und Kreisen und mit der Haussteuer den Städten überwiesen werde, wo auch wieder der Grundbesitzer das Steuerobject für die Beschleichenen ist, die es zum großen Theil nicht sind, und für den einzutreten, halte ich für kein Verbrechen.

Der Grundbesitzer ist im Ganzen, wenn Sie auf unsere deutsche Geschichte zurückdenken, ein Stand von gutem und ehrbarem Ruf gewesen, und er hat seine Schuligkeit ebenso gut gehabt, wie die Literaten, wenn ich die Klasse im Allgemeinen begreifen kann; er hat in keiner Beziehung zurückgestanden, er hat in Krieg und Frieden vorzugsweise die Lasten getragen; er besteht nicht bloß aus reichen Grundbesitzern, sondern auch aus armen, er besteht nicht bloß aus reichen Bauern, er besteht auch aus verfallenen Bauern; er besteht aus den kleinen Besitzern, von denen ich wünsche, wir hätten ihrer viel mehr und die mit einer anerkannten werthvollen Fähigkeit an dem Grundbesitz hängen, den sie haben und die, wenn sie auch nur minimale Betriebe sind, doch ihre große Haussteuer bezahlen müssen, wozu sie, glaube ich, sollten erleichtert werden. Also um diese Möglichkeit zu haben, nicht zur Verminderung der Grundsteuer, sondern zur Ueberweisung eines Theils an die Gemeinden, darum wünsche ich die Einnahmequellen des Reichs und in Folge dessen die Herausgaben des Reichs an die einzelnen Staaten zu vermehren. Wenn der Herr Vorredner

sagt, daß die Wehrsteuer mit der Vorliebe in der Denkschrift für indirecte Steuern im Widerspruch stehe, so gebe ich das zu, es ist auch in der Denkschrift empfunden, aber zugleich gesagt, daß, ebenso wenig wie die Einkommensteuer der höheren Klassen abzuschaffen ist, der Grundbesitz nicht überall anwendbar ist: „keine directen Steuern!“ Aber wir wußten nicht, wie die Ausgleichung zwischen dem, der dienen muß, und dem, der nicht zu dienen braucht, anders zu schaffen ist, und der Unterschied ist ja in der Belastung zu Gunsten des Staates ein großer. Halten Sie diese distributive Gerechtigkeit für nicht angebracht oder nicht erforderlich, nun gut, dann werden Sie ablehnen; das hat mit der Theorie der Steuern nichts zu thun; das ist nur die Ausgleichung einer Last, für die ich einen anderen Weg nicht finden kann. Finden Sie einen anderen oder wollen Sie gar nicht ausgleichen, dann ist es ja auch gut, dann werden wir uns auch darin finden.

Der Herr Vorredner hat ferner die Ausführungen bemängelt, die in Bezug auf das indirecte Abkommen in anderen Staaten gemacht sind und er hat aus dem Verhältniß der anderen Staaten nachzuweisen versucht, daß sie mehr indirecte Steuern brauchten als wir. Das mag ja auch ganz richtig sein, sie haben ja mehr Schulden. Es hat durch diese Tabelle nur nachgewiesen werden sollen, daß eine indirecte Belastung, wie sie von uns erstrebt wird, durchaus keine übertriebene und keine unmögliche ist. Ich lege den meisten Werth auf das Beispiel aus den Ländern, wo der Kopf im Durchschnitt weniger wohlhabend sein wird, als im deutschen Reich, also auf Rußland, ich glaube auch, wir können sagen auf Oesterreich und Italien, daß die eine noch höhere Last an indirecten Steuern tragen können als wir sie tragen. Sie werden natürlich nur tragen, was sie brauchen, aber auch wir werden uns nicht höher belasten, als wir brauchen, und deshalb steht meines Erachtens die ganze Argumentation, die der Herr Vorredner darüber entwickelt, vollständig in der Luft, sie trifft gar nicht die Frage, die hier vorliegt. Die Frage ist die: Was brauchen wir? und nicht: Was braucht Frankreich? Daß wir mehr als den Verbrauch erheben werden, daß wir die Steuern theilhaftig werden, dessen hat uns auch der Herr Vorredner nicht fähig gehalten, obgleich er Manches von uns zu erwarten scheint, womit er uns Unrecht giebt; aber daß wir mehr erheben werden, davon ist nicht die Rede, sondern es fragt sich einmal: brauchen wir das, was wir in Aussicht nehmen? Ist es möglich, es in Aussicht zu nehmen? Wenn wir es brauchen, wird es beschossen werden, die Summe soll aufgebracht werden. Dann fragt es sich weiter, und wie soll sie aufgebracht werden? Etwa durch Zuschlag zu den directen Steuern? Der Herr Vorredner schien dazu nicht übel Lust zu haben, er sagte, wir wären nach lange nicht so hoch mit directen Steuern belastet, wie andere.

Nun, ich will darauf nicht eingehen, aber hoch genug ist es keinesfalls für Jemand, der, wie der Herr Vorredner, so viel ich weiß, weber Grundbesitz hat, daß er sich zu; aber für Jemand, der mit dieser Doppelbesteuerung betroffen wird, der einmal in der Grundsteuer liegt, zweitens in der Einkommensteuer, die dasselbe Einkommen, das er aus dem Grundbesitz bekommt und das er nötig hat, um seine Grundsteuer zu zahlen, nochmals trifft, und der als Hausbesitzer noch außerdem die Häuserbesteuerung muß, die zur Ausbeutung des Grundbesitzes unentbehrlich ist, — wenn diese dreifache Besteuerung auf dem Herrn Vorredner lastete, würde er doch das Gefühl haben, daß es bei den Wahlen nichts nützen wird, für Erhöhung der directen Steuern eintreten zu wollen. Ich wenigstens kann mich dazu nicht verstehen, ich würde glauben, daß die Regierung dann bei den nächsten Wahlen vollständig durchfallen würde, wenn sie ein solches Programm aufstellen wollte. Ich frage also nur: soll das, was wir brauchen, durch directe oder indirecte Steuern aufgebracht werden — und bin da nach den Argumentationen, die in der Denkschrift enthalten sind, in keiner Weise zweifelhaft, daß es nur durch indirecte möglich ist. Der Herr Vorredner hat bestritten, daß die indirecten Steuern sich ins Niveau setzen, sich vertheilen, mit anderen Werten, daß sie abbürden, oder auch auf umgekehrtem Wege Jeder das, was ihm am notwendigen Lebensbedarf vertheuert wird, auf die Waare aufschlägt, die er selbst herstellt, verkauft oder auf die Arbeit, die er selbst leistet; ehe er überhaupt bezahlte Arbeit annimmt, wird er sehen, daß er dabei zu leben hat und wird seine Arbeit nicht wohlfeiler hergeben, als er dabei bestehen kann.

Wir haben bisher noch nicht erlebt, daß in Verhältnissen, die man überhaupt kennt und überleben kann, einer an Hunger gestorben ist, auch nicht, daß Jemand diesem Verhältnisse nahe gekommen wäre. Sobald mir der Herr Vorredner das nachweist, würde ich daraus nicht schließen, daß die Zölle aufgehoben werden müssen, sondern daß die Gemeinde angefaßt werden muß, die ihr Armenrecht vernachlässigt und daß die Geseßgebung eingerichtet werden muß, die die Arbeitslöhne regulirt. Wir sind ja alle in der Lage und um Theil recht lange, um zu wissen, was uns ein Paar Stiefeln kostet; ich erinnere mich, daß ich vor 40–50 Jahren für ein Paar Stiefel 3–4 Thlr. bezahlt habe, heututage bekomme ich dieselbe Arbeit nicht unter 8, mitunter nicht unter 14 Thalern. Sit nun das eine Vantasse des Schuhmachers, ist das eine Erpressung, die er mir gegenüber macht, daß er mir 100 Prozent mehr abnimmt? Und nehmen Sie die Ausgaben, die wir alle machen müssen für Kleidung, für Wohnung, — ist das nicht Alles in einer Weise gestiegen, daß heututage die Preise mehr als verdoppelt sind? Woher kommt das? Das kommt nur daher, daß der Schuhmacher sagt: ich liefere Ihnen ein Paar Stiefel nicht wohlfeiler wie das, denn wenn ich leben will, muß ich so viel für mich haben, und kein Mensch wird so einsältig sein, darüber zu handeln, er wird die Rechnung bezahlen, die er für seine Stiefeln bekommt. Denn die Thatfache, daß die Preise für Schuhzeug, Kleider auf 2–300 pCt. gestiegen sind, wird mir Jeder bestätigen, der in meinem Alter ist, und sich meines Erachtens ganz schlagend gegen die Theorie wenden, die sie allerdings nicht lösen kann, sondern die nur die Praxis lösen kann. Nehmen Sie als weiteren Beweis, wie wenig die Steuer mit den Lebensbedürfnissen zu thun hat. Als die Finanziers in den großen Städten den Fehler begingen, die Mahl- und Schlachtsteuer abzuschaffen, da erwartete Jedermann, daß Fleisch und Brot wohlfeiler werden würden.

Ich frage Jeden, der in Berlin damals und jetzt gelebt hat: ist das Fleisch jetzt wohlfeiler? Die Preislisten sind ja zu haben, aber das ist ganz gewiß, es ist schlechter. Ich habe vor circa 40 bis 50 Jahren in Berlin Fleisch gegessen und habe es mit Bewußtsein später gegessen und ich habe die Ueberzeugung — ich bin ja ein berechtigter Zeuge — die Nahrung ist schlechter geworden. Ist das Brot größer geworden und wohlfeiler? Ich spreche von der Zeit, wo der furchtbare Druß der Kornzölle noch nicht auf uns lastete und wo das Korn wohlfeiler war — ich glaube auch nicht, daß der Bäcker reicher wird, sondern es sind mehr Bäcker geworden, es sind mehr Metzger geworden, daran liegt es, es sind mehr, die leben wollen von dem, was sie erheben — zwischen dem Producenten, dem Zwischenhändler und dem Kaufmann. Ueberall, wo die Steuer eine solche Lücke leer läßt, wenn sie aufgehoben wird, tritt nicht immer notwendig das Sinken der Preise ein, sondern der geschäftliche Zwischenhandel, der ein biquemes Leben führt, fällt die Spalte sofort und nimmt das Ueberflüssige für seinen Verdienst sofort schneller in Anspruch, als der Consument überhaupt darauf kommt, daß er eigentlich hätte wohlfeiler werden sollen. Ich bin darauf gefaßt, daß die üblichen Ausfälle, die die Zölle sich wiederholen werden, und ich muß deshalb die üblichen Einwände dagegen, die wir nur aus Erfahrungen sammeln können, machen, weil der Herr Vorredner, was mich freute und überraschte, sagte, daß die Wissenschaft hierbei vollständig im Stich läßt. Es handelt sich nicht um eine exacte Wissenschaft, sondern um Behandlung von Organisationen und lebendige Körper, deren Wesen eben so wenig von den Menschen seiert und ergründet worden sind, wie das des menschlichen Körpers von den gelehrtesten Ärzten; soweit das Auge hineinreicht, soweit die Chirurgie thätig ist, haben wir ganz außerordentliche Leistungen, in der Behandlung innerer Krankheiten aber sind zu unserem und der Ärzte Bedauern die Fortschritte der Wissenschaft seit der Zeit, die uns die Geschichte zugänglich gemacht hat, nur gering gewesen, und deswegen sind auch die Ärzte mir die Liebsten, die eine gewisse Erfahrung haben und sie zu Rathe ziehen, wenn Sie wollen Empiriker, — wenn man sie beleidigen will — wenn man sie braucht, erfahrene alte Herren — und so ist es auch in der Politik, in der Nationalökonomie, in der Statistik; die Wissenschaft ist da mitunter auf einem sehr hohen Pferde, aber sie sieht den Boden nicht, auf dem sie reitet und erkennt ihn nicht.

Ich weiß nicht, ob ich die sehr reichhaltige Sammlung von Einwänden, die der Herr Vorredner machte, erschöpfend habe, aber ich glaube es beinahe. Die Preise der Gegenstände, von denen wir eine Vermehrung der Einnahmen häufig erwarten — wo ich also mit dem Vorredner über Tabak und Getränke vollständig einig bin. Ich schreie auch nicht vor Einnahmequellen zurück, wie sie sich in America aus den Zöllen in überraschender Weise entwickelt haben. Ohne leidenschaftlicher Schußjölner zu sein, bin ich doch ein leidenschaftlicher Finanzjölner, wegen der Ueberzeugung, daß die Finanzjölle, die Grenzjölle fast ausschließlich vom Auslande getragen werden, namentlich für die Fabrikate, und daß sie immer eine nützliche schützjölnerische Rückwirkung haben, und bei der Entwicklung unseres Tarifs bin ich fest entschlossen, jeder Modification desselben nach der anderen Seite hin zu widerstreben und nach der Seite des größeren Schutzes einer höheren Rebenue vom Grenzjölle hilfreich zur Seite zu stehen, soweit mein Einfluß reicht. Sie sehen, daß ich aus meinem Herzen keine Wörbergrube

maße und den Muth meiner Meinung habe, was ebenso unpopulär ist, wie das Tabaksmopol. Aber vor allen Dingen glaube ich mich dabei auf dem richtigen Wege zu befinden, um für die Regierung und für die verbündeten Regierungen und deren Gesetzgebung, wie es meine Pflicht ist, die Zufriedenheit des besteuerten Volkes zu erstreben. Ich finde es ja natürlich, daß ein Entschließen dieser Zufriedenheit von den Gegnern der Regierung nach Willkürlichkeit verhindert und bekämpft wird; ich kann mich aber dadurch nicht aufhalten lassen und werde unbetroffen den Weg gehen, der durch dieses Programm, für welches ich also die Verantwortlichkeit hiermit übernehme, gekennzeichnet ist. Ich werde für mögliche Verbreitung, Kenntnismachung und Ausbreitung dieses Programms nach allen Richtungen in der Presse und auch sonst Sorge tragen und werde dafür so viel Anhänger werben, wie ich im Lande irgend finden kann. Das halte ich für mein Recht und für meine Pflicht. (Lebhafter Beifall rechts.) (Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 28. März. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat seinem General-Adjutanten, General-Lieutenant von Albedyll, Chef des Militär-Cabinetts und der Abtheilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegs-Ministerium, den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe und mit dem Emaillirte Bande des königlichen Kronen-Ordens verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Geheimen Kanzlei-Secretär im auswärtigen Amte, Bellin, aus Anlaß seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath beigelegt.

Dem Titular-Oberlehrer Dr. Edwin Volkmann am Gymnasium zu Elbing ist eine eiaimische Oberlehrerstelle an demselben Gymnasium verliehen worden. Der ordentliche Lehrer am Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Hannover Dr. Adolf Röcher ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Der ordentliche Professor Dr. Ed. zu Breslau ist vom 1. April d. J. ab in gleicher Eigenschaft in die juristische Facultät der Königlich Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin versetzt worden. — Dem Justizminister Bosse ist die durch den Tod des Justizmeisters von Ernst erledigte Justizmeisterstelle Oppeln-Nord übertragen worden. Der Oberförster von Ehrenstein zu Greunburgerhütte ist auf die Oberförsterstelle Grudschütz in der Regierungsbereich Oppeln, und der Oberförster Spangenberg zu Friedrichsthal auf die Oberförsterstelle Budonitz zu Greunburgerhütte in der Regierungsbereich Oppeln versetzt worden. — Dem Kreis-Physikalischen Gips zu Belgard ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amte, die Verwaltung der Kreisphysikalischen Stelle des Kreises Colberg-Cörlin mit Anweisung seines Amtsbereiches in Colberg übertragen worden. — Dem kommissarischen Vorsteher des kgl. Eisenbahn-Commissariats zu Breslau, Geheimen Regierungsrath Dittmer, ist vom 1. April d. J. ab die Stelle des Vorstehers der gedachten Behörde definitiv verliehen worden. Der bisher in dem königlichen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten angestellte Bauinspector Balzer zu Berlin ist als königlicher Kreis-Bauinspector nach Münster versetzt worden.

Berlin, 28. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] wohnte gestern Mittags 12 Uhr mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und sämtlichen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses in dem für tiefe Familienfeier gebrauchlichen Anzuge dem Trauergottesdienste in der Kapelle der russischen Botschaft bei. Im Laufe des Nachmittags empfing Se. Majestät den General-Lieutenant à la suite der Armee, Grafen Kanitz, den Wirklichen Geheimen Rath von Schweinitz, den Flügel-Adjutanten und Militärbevollmächtigten in Paris, Oberst-Lieutenant von Bülow, sowie den Flügel-Adjutanten von Stalpnagel. Heute nahm Se. Majestät der Kaiser und Königin den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski entgegen. Am Sonnabend waren beide kaiserliche Majestäten, sowie Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden in der Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend. Die Kaiserin und Königin wohnte gestern mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden dem Gottesdienste in der St. Nicolai-Kirche bei.

Berlin, 28. März. [Die Steuervorlagen] werden im Reichstage doch einem größeren Widerstande begegnen, als anfänglich angenommen werden konnte. Auch die deutsche Reichspartei hat beschlossen, die Brausesteuer zu verwerfen, von der Stempelsteuer nur die Börsensteuer zu acceptiren, alles Uebrige und namentlich die Luittungssteuer abzulehnen, endlich die Wehrsteuer näher zu prüfen, aber doch nur mit erheblichen Modificationen anzunehmen. Ob die heutige Rede des Reichskanzlers an dieser Sachlage erheblich ändern wird, bleibt abzuwarten. Auf sehr viel Hörer machte die Rede den Eindruck, als ob eine gewisse Resignation in derselben Ausdruck gefunden habe, und die Hoffnungen des Redners auf Annahme der Vorlage auf ziemlich schwachen Füßen ständen. Uebrigens machte die äußere Erscheinung des Reichskanzlers den Eindruck völliger Genesung von seiner letzten Erkrankung, welche keine Spuren zurückgelassen hat.

[Verboten auf Grund des Socialisten-Gesetzes] wurde die Druckschrift: „Statuten des socialdemokratischen Vereins St. Gallen, Section des Schweiz. Arbeiterbundes.“

Deutsches - Ungarn.

Wien, 27. März. [Die Grundsteuer-Hauptsumme im Reichsrathe.] Mit der gestrigen Abstimmung, bei der 230 gegen 94 Abgeordnete das Regierungs-Exposé über die Grundsteuer-Hauptsumme als Grundlage für die Specialdiscussion annahmen, ist der Kampf wohl zu Gunsten des Ministeriums entschieden. Ihre Leser konnten nichts anderes erwarten, da sie längst wissen, daß und weshalb in dieser vitalen Angelegenheit die Linke, genau so wie im November 1879 in der Wehrfrage, dem Kerne des liberalen Clubs Dispens ertheilen muß, wenn sie nicht den Großgrundbesitz und die deutschen Vertreter aus Böhmen für immer von sich absprenge will. Mag sein, daß dieser Calcul ein ganz richtiger ist; nur darf man dann auf der Linken auch nicht vergessen, daß sie ebenso wie die Rechte aus coarctirten Elementen besteht und keineswegs eine festgelegte Phalanx bildet, die man mit der Parole „Alles oder Nichts“ ins Feuer führen darf. Zweimal hatte die Versassungsparthei es in ihrer Hand, das Ministerium Laaze zu stürzen, vor anderthalb Jahren bei dem Wehr- und jetzt bei dem Grundsteuergesetze. Daß das letztere auch ohne die Linke gescheitert war, ist albern zu behaupten, um den Riß in der Parthei zu verdecken. Hätten die Großgrundbesitzer und Deutsch-Böhmen durch ihr Nein! erklärt: Die Ungerechtigkeit gegen die prägravierten Alpenländer ist so groß, daß unser Gewissen uns nötigt, eine Erleichterung unserer Heimath und unseres Standes, die auf einem solchen Arrangement fußt, abzulehnen: so möchten wir wohl gesehen haben, ob einer von den zwei Duzend clericalen Vertretern der Landdistricte in jenen vier Kronländern den Muth gehabt hätte, für die denselben zugemuthete Mehrbelastung zu stimmen! Einzig und allein in der Abfall der Deutsch-Böhmen und des Großgrundbesitzes hat das Ministerium vor dem Sturze bewahrt; eine Parthei aber, der das nun schon zum zweiten Male begegnet, kann nicht den Sturz des Ministeriums Laaze als Lösung und Selbstgeheim proklamiren. Uebrigens zeigte die Abstimmung selber, daß den Herren links und rechts einigermassen unheimlich dabei zu Muth war. Der Antrag Schnörers auf Namensaufzählung erhielt nicht die 50 Stimmen, die zu seiner Unterfertigung notwendig sind; die Clericalen im Andenken der Bauernfrage wie die Deutsch-Böhmen in Erinnerung ihrer Partheistellung dachten: „im Dunkeln ist gut munkeln“... so ward um 5 1/4 Uhr in der Dämmerung, ohne daß der Saal erleuchtet wurde, mit Aufstehen und Stillsitzen abgestimmt — Niemand konnte das Votum eines einzelnen Abgeordneten kontrolliren, oder gar Beweise über dessen Abstimmung beibringen. Außerdem war man sehr lebenswürdig gegeneinander. Dunajewski Excellenz sagte Reichbauer Excellenz, er werde den Unterrichtsminister ersuchen, für bessere Schulbücher in der Logik zu sorgen, damit wenigstens die jüngere Generation mehr lerne.

Carneri schrie: „Das ist groß!“ und Magy meinte: Zuerst möge Baron Conrad nur Knigge's „Umgang mit Menschen“ für den Finanzminister anschaffen. Vielleicht war's auf Grund dieser Scenen, daß ein Galeriedienner, als in der Journalistenloge ein kleiner Spectakel entstand, weil die Deutschen dort nicht leiden wollten, daß ein Pole sie durch Bravo's für Dunajewski compromittirte, anzüglich bemerkte: „Ja, was glaubt's denn! Heroben darf nit g'raut werden!“ Wird unten genug g'raut!

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 28. März. Anlässlich der gestern in Petersburg erfolgten Besetzung der Leiche Kaisers Alexander II. fand in der griechischen Kapelle des hiesigen Schlosses gestern eine Trauerfeier statt, an welcher außer der russischen Gemeinde die hier anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses, das diplomatische Corps, die Staatsminister und der commandirende General des XII. Armee-corps u. A. theilnahmen.

Wien, 28. März. Im Proceß des E.-Küchenmeisters wegen Fälschung von Obligationen der Baitischen Vereinsbank wurden beide zu je fünf Jahren schweren Kerkers und Landesverweisung verurtheilt.

Paris, 28. März. Die Zolltarifcommission der Kammer beschloß, die Modification des Senats bei den Tarifen für Landwirthschaftsprodukte abzulehnen.

London, 28. März. Der Ministerrath wurde plötzlich zusammenberufen. Alle Minister waren anwesend.

London, 28. März. Unterhaus. Dilke hat guten Grund zu glauben, die christliche Bevölkerung in dem Gebiete, dessen Abtretung an Griechenland in Berlin vorgeschlagen wurde, vertrete 7/8 der Gesamtbevölkerung und in Thessalien allein noch mehr. Diefelbe ist einstimmig zu Gunsten der Annexion. Dilke hofft, daß die Muselmänner, die etwa unter griechische Herrschaft kommen werden, bessere Sicherheit für die Person und das Eigenthum als bisher genießen und die hinreichenden Garantien für die Religion, die bürgerlichen und politischen Rechte erhalten werden, die Otto Russell in der fünften Conferenzsitzung stipulirte. Das Unterhaus nahm ohne Abstimmung die Heeresdisciplinbill in zweiter Lesung an, wodurch die Prügelstrafe abgeschafft wird.

Petersburg, 27. März. Der feierlichen Besetzung des verstorbenen Kaisers in der Peter Pauls-Kathedrale wohnten die Mitglieder des diplomatischen Corps, der heiligen Synode, des Reichsraths, die Minister, höchsten Hof- und Staatswürdenträger, die General-Adjutanten und Generalmajore der Suite, die Generalität, die Stabs- und Oberoffiziere der Garde, die Adelsmarschälle, das Stadthaupt von Petersburg, eine Deputation der Petersburger Kaufmannschaft, die aus sämtlichen Gouvernements eingetroffenen Deputationen und die nächsten Diener des verstorbenen Kaisers bei. Um 11 Uhr betrat Kaiser Alexander III., welcher seine Gemahlin führte, das Gotteshaus, gefolgt vom Großfürst-Thronfolger mit seinen Geschwistern. Ihnen schlossen sich an der Großfürst Wladimir mit Gemahlin, die Großfürstin Alexis, Sergius und Paul, die Großfürsten-Brüder des verstorbenen Kaisers mit ihren Gemahlinnen und Kindern, der Herzog von Leuchtenberg und der Prinz Peter von Oldenburg. Hierauf folgten die anwesenden fremden Fürlichkeiten, an ihrer Spitze der deutsche Kronprinz. Der Prinz von Wales erschien erst einige Minuten später, nachdem der Gottesdienst bereits begonnen hatte. Die Majestäten wurden an der Thür der Kirche vom Metropoliten von Petersburg und Nowgorod, umgeben von der gesammten hohen Geistlichkeit, empfangen. Der Metropolit theilte den Majestäten den Segen, welche dem greisen Priester die Hand küßten und sich darauf, gefolgt von den übrigen Familienmitgliedern, auf ihre Plätze zur rechten Seite des Sarges begaben. Zu gleicher Zeit begann die Feierlichkeit der Todtenmesse; nach Beendigung derselben traten die Majestäten an den Sarg heran, knieten dort nieder und verbrachten lange Zeit im Gebet. Nachdem sich der Kaiser und die Kaiserin wieder erhoben hatten, küßten sie die Stirn und die Hände des Todten; alle Anwesenden folgten ihrem Beispiel. Alldann trugen die 8 ältesten General-Adjutanten des Kaisers, an ihrer Spitze der greise Fürst Sumarow, den mit Blumen bedeckten Sarg bedel herbei. Der Kaiser legte den purpurnen Kaiser-mantel in den Sarg, welcher darauf geschlossen wurde. Hierauf hoben der Kaiser, die Mitglieder der kaiserlichen Familie und die fremden Fürlichkeiten den Sarg auf die Schultern und trugen denselben unter Vorantritt des Metropoliten mit der Geistlichkeit und gefolgt von den Anwesenden in feierlichem Zuge nach der Gruft. Der Metropolit sprach das Segnungsgebet, das knieend angehört wurde, und der Sarg wurde langsam in die Gruft hinab-gesenkt. Eine vom Hofe der Festungskirche aufsteigende Rakete verjagte diesen Moment den Truppen. Von den Wällen der Festung und anderen Punkten der Stadt erdröhnten Artilleriesalven, in welche sich das Feuer der Infanterie mischte. Die schwarze Trauerflagge am Flaggenstock auf der Festung senkte sich langsam nieder und die Fahne des Kaisers Alexander des Dritten flog empor. In der Kirche überreichte der Metropolit dem Kaiser, bevor derselbe die Gruft verließ, eine mit Erde gefüllte Schale, der Kaiser nahm drei Mal eine Hand voll Erde und warf dieselbe auf den Sarg hinab. Die Kaiserin und alle Anwesenden folgten dem Beispiel. Hierauf verließen die Majestäten beugten Hauptes das Gotteshaus. Vor der Kirche empfing den Kaiser eine Ehrenwache von der Leib-Compagnie des Preobraschenski'schen Leibregiments; zum ersten Male seit dem Tode des Kaisers Alexander II. wurde das Spiel geräuscht, und der Kaiser mit den Klängen der Nationalhymne begrüßt, während die in der Festung aufgestellten Truppen Hurrahs riefen und mit ihren Hurrahrufen den Kaiser bis zum Austritt aus der Festung begleiteten. Den Schluß der Besetzungsfestlichkeit bildete der Rücktransport der Kron-Insignien, welche von einer halben Schwadron des Leib-Garderegiments zu Pferde nach dem Winterpalais geleitet wurden, woselbst dieselben einzuweisen bis zu ihrer Ueberführung nach Moskau verbleiben.

Petersburg, 28. März. Bei der Abreise des deutschen Kronprinzen waren am Bahnhofe die Großfürsten Wladimir, Alexis, Sergius Alexandrowitsch, Nicolai Nicolajewitsch der Ältere, Michael Nicolajewitsch, Nicolai Michailowitsch, der Herzog von Leuchtenberg, der Communicationsminister und der Stadthauptmann anwesend. Die zur Beerdigung des Kaisers aus Moskau hergebrachten Reichs-insignien wurden heute in feierlichem Aufzuge per Extrazug nach Moskau zurückgeschickt.

Bukarest, 28. März. In Folge der Debatte über die Interpellation Majorescu's, betreffend das Attentat Petrarus, in der Sitzung der Deputirtenkammer am letzten Freitag traten die einflussreichsten Mitglieder der liberalen Parthei noch am demselben Tage zu einer vertraulichen Besprechung zusammen und beschloffen, wie jetzt bekannt wird, am nächsten Tage den Antrag auf Proclamation des Königthums einzubringen, zum Beweise dafür, daß die rumänische Nation keineswegs Umsturzprincipien billige, daß vielmehr die monarchischen Principien tiefe Wurzeln gefaßt hätten. Es wird hier besonders bemerkt, daß die am Sonnabend erschienenen Blätter bei der

Besprechung der Frage wegen Proclamation des Königthums anerkannten, die Umwandlung des Fürstenthums in ein Königthum sei durch die Natur der Dinge geboten, daß die Blätter aber gleichzeitig den rumänischen Patrioten den Rath ertheilten, nicht ungeduldig zu sein. — Heute hat die Stadt seit früh Morgens Fest-schmuck angelegt; um 11 Uhr Vormittags fand in der Metropolitan-kirche ein Tebeum statt, welchem der König, die Königin, die Würdenträger des Staates und eine große Volksmenge beizwohnten. Später wurde ein anderes Tebeum zu Ehren des Kaisers Alexander III. von Rußland abgehalten. — Der Staatsrath Calindero wird sich in einer Specialmission nach Paris begeben.

Triest, 28. März. Der Dampfer „Polluce“ ist heute Nachmittag mit der österreichischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen. Newyork, 28. März. Der Dampfer „Spain“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Berlin, 29. März. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Dr. Friedenthal (Reichenbach-Neurode), welche in der vorigen Session beanstandet wurde, für ungültig erklärt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 28. März, Abends. (Boulevard.) 3% Rente —, —. Neue Anleihe 1872 121, 10. Türken 13, 85. Neue Egyptier 373, —. Banque ottomane —, —. Italiener 91, 40. Chemins —, —. Oester. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 99%. Spanier erster, 21, 43, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose 52, 25. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —, —. Frankfurt a. M., 28. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 49. Pariser Wechsel 80, 72. Wiener Wechsel 174, 42. Köln-Mindener-Stamm-Aktien 150 1/2. Rheinische Stamm-Aktien 162 1/2. Hessische Ludwigsbahn 92. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131 1/2. Reichsanleihe 101 1/2. Reichsbank 145 1/2. Darmstädter Bank 146 1/2. Meiningen Bank 97 1/2. Oester.-Ungarische Bank 704, 00. Creditactien 267 1/2. Silberrente 66 1/2. Papierrente 65 1/2. Goldrente 81 1/2. Ungarische Goldrente 98 1/2. 1860er Loose 123 1/2. 1864er Loose 315, 00. Ungarische Staatsloose 225, 00. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 89 1/2. Böhmisches Wechsel 227 1/2. Elisabethbahn 179 1/2. Nordwestbahn 175. Galizier 232 1/2. Franzosen 255 1/2. Lombarden 94 1/2. Italiener 91 1/2. 1877er Russen 93 1/2. 1880er Russen 75. II. Orientanleihe 60 1/2. III. Orientanleihe 59 1/2. Central-Pacific 112 1/2. Wiener Bankverein 110 1/2. Kronpr. Rubel —, —. Ungarische Papierrente —, —. Elbthal —, —. Solbringer Eisenwerke —, —. Privat-Discount —, —. Spanier —, —. Sehr fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 267. Franzosen 255. Galizier —, —. Lombarden —, —. Oester. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente —, —. 1880er Russen —, —. II. Orientanleihe —, —. III. Orientanleihe —, —.

*) per medio resp. per ultimo. Hamburg, 28. März, Nachm. [Schluß-Course.] Preuss. 4proc. Consols 101 1/2. Hamburger St.-Br.-A. 126 1/2. Silberrente 66 1/2. Oest. Goldrente 81 1/2. Ung. Goldrente 98 1/2. Credit-Actien 266 1/2. 1860er Loose 124 1/2. Franzosen 636. Lombarden 235. Ital. Rente 91. 1877er Russen 93. 1880er Russen 73 1/2. II. Orient-Anl. 58 1/2. Laurabütte 105. Norddeutsche 162 1/2. 5% Amerik. 94 1/2. Rhein. Eisenbahn 163 1/2. do. junge 158 1/2. Berg.-Märkische do. 113. Berlin-Hamburg do. 236. Altona-Kiel do. 156. Discount 2% 1/2. Rubig.

Hamburg, 28. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen pr. April-Mai 207, 00 Br., 206, 00 Gd., pr. Juni-Juli 213, 00 Br., 212, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Mai-Juni 186, 00 Br., 185, 00 Gd. Hafer fest. Gerste matt. Rüböl matt, loco 54, 50, pr. Mai 54, 50. Spiritus matt, per März 46 1/2 Br., per April-Mai 46 Br., per Mai-Juni 46 Br., per Juni-Juli 46 1/2 Br. Kaffee matt, geringer Umsatz. Petroleum flau, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 40 Gd., per März 7, 50 Gd., per August-December 7, 75 Gd. Wetter: Schön.

Hofen, 28. März. Spiritus pr. März 51, 50, pr. April 51, 70, pr. April-Mai 52, 00, pr. Juli 53, 50. Gel. 10,000 Liter. Matt.

Liverpool, 28. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Rubig. Tagesimport 19,000 Ballen, davon 14,000 B. amerikanische. Widdl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6 1/2 D.

Liverpool, 28. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Amerikaner, Dorna und Madras 1/2 D. billiger. Fair Dholera 4 1/2, good fair Dholera 4 1/2 D. Widdl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 6 1/2 D.

(B. L. B.) Newyork, 28. März, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 93 1/2 (bedeutet: Dollars pro 400 Mark 60 Tage Sicht). Wechsel auf London 4, 80 1/2. do. auf Paris 5, 26 1/2. 4proc. fundirte Anleihe 101 1/2. 4proc. fundirte Anleihe 1877 114. Erie-Bahn 47 1/2. Central-Pacific-Bahn 113. Newyork-Centralbahn 145 1/2. Baumwolle in Newyork 10 1/2. do. in New-Orleans 10 1/2. Raffinirtes Petroleum in Newyork 7 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 7 1/2. Robes Petroleum 6 1/2. Pipe line Certificats 0, 77. Mehl 4, 60. Rothe Winterweizen 1, 22. Mais (old mixed) 59. Ruder (fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee Rio 12 Schmalz (Marke Lillcor) 11 1/2. do. Fairbanks 11 1/2. do. Rothe u. Brothers —. Spec (short clear) 8 1/2. Getreidefracht 4 1/2.

Peft, 28. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwaches Angebot, auf Termine rubig, pr. Frühjahr 11, 32 Gd., 11, 37 Br., pr. Herbst 10, 20 Gd., 10, 25 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 33 Gd., 6, 35 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 82 Gd., 5, 85 Br. Rohraps 12 1/2. — Weiter: Trübe.

Paris, 28. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. März 30, 30, pr. April 28, 30, pr. Mai-Juni 28, 60, pr. Mai-August 28, 30. Roggen beauptet, pr. März 22, 25, pr. Mai-August 21, 50. Mehl fest, pr. März 63, 50, pr. April 62, 90, pr. Mai-Juni 62, 10, pr. Mai-August 61, 60. Rüböl rubig, pr. März 71, 50, pr. April 71, 50, pr. Mai-August 73, 25, pr. September-December 74, 25. Spiritus rubig, pr. März 59, 50, pr. April 60, 00, pr. Mai-August 59, 75, pr. September-December 57, 75. — Weiter: Schön.

Paris, 28. März, Nachmittags. Rohzuder 88° loco rubig, 57, 25. Weißer Zuder beauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. März 67, 00, pr. April 67, 30, pr. Mai-August 68, 00.

London, 28. März, Nachm. Savannazuder Nr. 12 24. Rubig. Antwerpen, 28. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichen. Roggen unbedeutend. Hafer beauptet. Gerste rubig.

Antwerpen, 28. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 Br., pr. April 19 Br., pr. September-December 20 1/2 Br., 20 1/2 Br. Rubig.

Bremen, 28. März, Nachm. Petroleum, großes Geschäft. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 50 Br., pr. April 7, 50 Br., pr. Mai 7, 50 Br., pr. August-December 8, 00—8, 05 Br.

Handel, Industrie u.

Breslau, 29. März, Vorm. 9 1/2 Uhr. Am heutigen Markte war der Geschäftsbetrieb im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise preisstehend.

Weizen, zu notirten Preisen mehr Kaufsuf, per 100 Kilogr. schlesischer weicher 19,20 bis 20,70—21,80 Mark, gelber 18,20—19,70 bis 20,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei mäßigem Angebot preisstehend, per 100 Kilogr. 19,20 bis 19,70 bis 20,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weisse 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer gut veräußert, per 100 Kilogr. 14,00—14,50—15,00 bis 15,50 Mark, feinsten über Notiz bezahlt.

Rais sehr fest, per 100 Kilogr. 13,40—13,70—14,00 Mark. Erbsen mehr beachtet, per 100 Kgr. 17,50—18,50 bis 20,50 Mark, Victoria 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen schwacher Umsatz, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Br. Lupinen gute Kaufsuf, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—10,00—10,50 Mark, blaue 9,40—9,80—10,30 Mark.

Wicken gut veräußert, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark. Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Weizen	24	25	26	27
Wintertraps	24	25	26	27
Wintertraps	24	25	26	27
Sommertraps	24	25	26	27
Leindotter	24	25	26	27

Kleefamen schmecken Umfah, rother nur seine Qualitäten beachtet, der 50 Kilogram 34-38-40-45 Mart, hochfeiner über Nois, weißer ruhig, 48-50-60-68 Mart, hochfeiner über Nois.
Mehl ohne Menderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25-30,75 Mart, Roggen fein 31,00-31,75 Mart, Haubaden 30,00-30,75 Mart. Roggen-Futtermehl 11,00-12,00 Mart. Weizenkleie 9,25-9,75 Mart.
Seu 2,80-3,00 Mart per 50 Kilogr.
Roggenstroh 21,00-24,50 Mart per Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 28. März 1881.

Fonds- und Geldcourse.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	101,20 bz	Amsterdam 160 Fl.	8 T. 3 168,70 bz
Consolidirte Anleihen	103,75 bz	do. do.	2 M. 3 167,95 bz
do. do. 1876	101,30 bz	London 1 Lstr.	8 T. 3 20,485 bz
Staats-Anl.	100,50 bz	do. do.	3 M. 3 20,353 bz
Staats-Schuldversch.	97,75 bz	Paris 100 Frs.	8 T. 3 80,70 bz
Präm.-Anleihen v. 1855	152,90 B	do. do.	2 M. 3 80,35 bz
Berliner Stadt-Oblig.	104,00 bz	Petersburg 100 R.	2 W. 6 209,30 bz
Berliner do.	103,90 bz	do. do.	3 M. 6 208,00 bz
Pommersche do.	91,80 bz	Warschau 100 R.	3 T. 6 209,70 bz
do. do.	100,80 bz	Wien 100 Fl.	8 T. 4 174,35 bz
do. do.	102,00 bz	do. do.	2 M. 4 173,45 bz
do. Ländl. Cred.	99,75 bz	Kurs 40 Thaler-Lose 282,75 bz	
Pommersche neue	92,40 bz	Eisbahn 35 Fl.-Lose 175,30 bz	
Schlesische do.	92,40 bz	Brandenb.-Pomm.-Anl. 38,25 bz	
Ludschaffl. Central	100,60 bz	Oldenburg. Lose 161,90 bz	
Kur.-u. Neumarkt.	100,75 bz	Ducaten 9,60 B	
Pommersche do.	100,60 bz	Sover. 20,45 G	
Pommersche do.	100,10 bz	Napoleon 16,95 bz	
Preussische do.	100,25 B	Imperial 16,69 G	
Westf.-u. Rheinl.	100,50 B	Doll. 4,27 G	
Schlesische do.	101,00 G	Oest. Bkn. 174,70 bz	
Schlesische do.	100,60 bz	do. Silberb. —	
Badische Präm.-Anl.	135,50 bz	Russ. Bkn. 210,25 bz	
Badische Präm.-Anl.	135,10 G	Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Präm.-Anl. v. 1875	101,00 G	Divid. pro 1879 1880	
6000-Mitd.-Präm.-Anl.	130,90 bz	Aachen-Masticht	
Sachs. Rente von 1876	78,50 bz	Berg.-Märkische	
Hypotheken-Certificat.		Berlin-Anhalt	
Krupp'sche Partial Obl.	109,20 G	Berlin-Dresden	
Unkr. Pf.-u. Fr.-Hyp.-B.	104,50 B	Berlin-Görlitz	
do. do.	102,30 G	Berlin-Hamburg	
Deutsche Hyp.-Bk.-Pf.	102,25 bz	Berlin-Magdb.	
do. do.	102,40 bz	Berlin-Stettin	
Unkr. do. do. 1872	106,00 G	Böhm. Westbahn	
Unkr. H. d. Pr. Gr.-B.	112,00 G	Bresl.-Freib.	
do. do.	107,50 bz	Ostl.-Minden	
Kündb. Hyp.-Schuld.-B.	102,25 bz	Dux-Bodenbach	
Kündb. Hyp.-Schuld.-B.	100,00 G	Gal. Carl-Ludw.	
do. do. Pfandbr.	100,00 G	Halle-Sorau-Gub.	
Fomm. Hypoth.-Briefe	106,80 bz	Kaschau-Oderb.	
do. do. II. Em.	105,50 B	Königsr. Radob.	
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	122,30 bz	Ludw.-Böhm.	
do. do. II. Em.	120,40 G	Märk.-Pomm.	
do. 50% Pf. Rückb. II. Em.	108,00 bz	Magdeh.-Halberst.	
do. 41% do. do. m. 110	104,40 bz	Mainz-Ludwigsh.	
Meininger Präm.-Pfd.	120,60 G	Niedersch.-Märk.	
Pfnd.-u. Oest. Pf.-u. Oest.	100,70 G	Obern.-M.-G.D.E.	
Schles. Bodensch.-Pfd.	104,50 bz	Oest.-Fr. St.-B.	
do. do.	104,40 bz	Oest. Nordwestb.	
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	104,25 G	Oest. Südb. (Lomb.)	
do. do.	102,50 G	Oest. Südb. (Lomb.)	
Ausländische Fonds.		Oest. Südb. (Lomb.)	
Oest. Silber-B. (H.-M.)	66,50-40 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. (H.-M.)	60,50-40 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. Goldrente	81,40 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. Papirrente	65,75 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. 54er Präm.-Anl.	112,75 B	Reichs-O.-U.-B.	
do. 60er Präm.-Anl.	123,50 B	Reichs-O.-U.-B.	
do. Credit-Lose	343,50 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. 64er Lose	315,00 bz	Reichs-O.-U.-B.	
Russ. Präm.-Anl. v. 84	147,00 G	Reichs-O.-U.-B.	
do. do.	144,90 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. Orient-Anl. v. 77	59,50 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. II. do. v. 1878	60,25 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. III. do. v. 1879	60,00 B	Reichs-O.-U.-B.	
do. Engl. v. 1871	91,80-40 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. v. 1872	91,90 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1873	95,25 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1874	75,00 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1875	84,80 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1876	79,50 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1877	65,40 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1878	65,10 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1879	65,10 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1880	100,10 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1881	91,00 B	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1882	93,00 B	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1883	109,75 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1884	96,25 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1885	13,70 G	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1886	88,75 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1887	225,50 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1888	94,60 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1889	95,75 bz	Reichs-O.-U.-B.	
do. do. 1890	50,40 G	Reichs-O.-U.-B.	
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Bank-Papier.	
Berg.-Märk. Serie II.	103,00 G	Allg. Deut. Hand.-G.	
do. III. v. St. 2 1/2	92,75 G	Berk. Kassens. Ver.	
do. do. VI.	100,00 G	Berk. Handels-Ges.	
do. Hess. Nordbahn	103,10 G	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
Berlin-Görlitz conv.	102,75 G	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. B. 101,80 B	101,75 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. Lit. C.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
Bresl.-Freib. Lit. D. & F.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. G.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. H.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. I.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. J.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. K.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. L.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. M.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. N.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. O.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. P.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. Q.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. R.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. S.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. T.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. U.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. V.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. W.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. X.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. Y.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. Z.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AR.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AS.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AT.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. AZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BR.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BS.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BT.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. BZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CR.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CS.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CT.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. CZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DR.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DS.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DT.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. DZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. ED.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. ER.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. ES.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. ET.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. EZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FG.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FH.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FI.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FJ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FK.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FL.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FM.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FN.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FO.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FP.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FQ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FR.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FS.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FT.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FU.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FV.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FW.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FX.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FY.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. FZ.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GA.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GB.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GC.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GD.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GE.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GF.	103,00 bz	Berk. Präm.-Hdl.-B.	
do. do. GG.	1		